



## POLITIK / REDAKTION

### Afghanistan - Lunte und Zünder ...

(SB) - Achtzehneinhalb Jahre nach Beginn des Afghanistankriegs haben am 29. Februar in Doha, der Hauptstadt Katars, Zalmay Khalilzad im Namen der Vereinigten Staaten und Mullah Abdul Ghani Baradar, der Vizechef der Taliban, unter den Augen von US-Außenminister Mike Pompeo einen formellen ... (S. 6)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Frankreich - politische Vorwandslage ...

(SB) - Wie Regieren in der Ära des "Jupiterpräsidenten" geht, demonstrieren Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron und sein Ministerpräsident Édouard Philippe. Ihr Gesetzentwurf zur umstrittenen Reform des ... (S. 8)

## EUROPOOL / POLITIK

### 52 Tote, 1835 Infizierte in Italien - Fünf Millionen Schutzmasken verteilt

(Gerhard Feldbauer) - Mit 52 Toten - 20 neue Todesfälle gab es allein seit Sonntag - und 1835 Infizierten (Stand laut der Nachrichtenagentur "ANSA" vom Dienstag) hat sich die gefährliche Corona-Epidemie in Italien bisher in Europa am stärksten ... (S. 4)

### demut vor deinen taten baby - wie das Leben so spielt ...

### Theater Die Komödianten Kiel



*Eingeschlossen auf der Toilette eines Flughafens v.lks.: Bettie (Rafaela Schwarzer), Lore (Marie Dollenberg) und Mia (Anke Pflutschinger)*  
Foto: © 2020 by Thomas Eisenkrätzer

(SB) 3. März 2020 - Nicht zeitlos, sondern zeitgemäß schreiben, das hat sich die Dramatikerin Laura Naumann, 1989 in Leipzig geboren und mehrfach für ihre Arbeiten ausgezeichnet, auf die Fahnen geschrieben. "Ich will ja keinen Text schreiben, der in 500 Jahren noch gültig ist, sondern ich hoffe eigentlich, daß sich die Welt in

500 Jahren so radikal verändert hat, daß es meine Texte wirklich nicht mehr braucht." Sie versuche, "an etwas dran zu sein, was jetzt, genau jetzt ist.", wirft Fragen auf, wie wir als Menschen auf diesem Planeten zusammen leben wollen und auf die Umstände einwirken können, die aus ihrer Sicht für die meisten Menschen inakzeptabel sind. [1]

Um Veränderung, sprich Verbesserung der Welt geht es auch in ihrem 2012 entstandenen Stück *demut vor deinen taten baby*, das am 20. Februar 2020 beim Theater Die Komödianten in Kiel Pre-

miere hatte. Aus der Gefahr eines Terroranschlages soll ein Instrument zum Glückhsein und Mit-einander werden, die Mittel dazu sind radikal - und zeitgemäß.

Auf der Toilette eines deutschen Flughafens werden drei Frauen, die unterschiedlicher nicht sein könnten, wegen eines Bombenalarms eingeschlossen: Bettie, die der Frustration ihres Liebeslebens mit einem pornogeilen Jungen, "denn ein Mann ist er nicht", mit nur vorgetragener Toleranz zu begegnen versucht, Lore, die nahezu alles in Kauf nimmt, um ihrer religiösen Familie zu entinnen und die vom Erfolg und von kollektiver Christenverbrennung träumt und Mia, die in ihrer Phantasie im wilden Westen mit einem sprechenden Pferd lebt und für die Schießen das Mittel der Wahl ist: "Einfach schießen, wenn es mit den Worten nicht klappt. Und das tut es ja meistens nicht."

Unter der Bedrohung des Terrors und der gemeinsam durchlebten Todesangst nähern sich die drei an, und als Entwarnung gegeben wird, sind aus den Einzelgängerinnen beste Freundinnen geworden, an die Stelle von Unzufriedenheit, Einsamkeit und Lebensflucht tiefste Glücksgefühle getreten.

Um dieses Glück in die Welt hinauszutragen und auch andere daran teilhaben zu lassen, beschließen die Frauen, fortan als Trio eben solche Terroranschläge zu fingieren. Sie tragen zusammen, was jede Einzelne zu bieten hat: Bettie ein dominantes, unerschrockenes Auftreten, Mia Waffenkenntnis und Lore Gewissenlosigkeit. Die ersten Schauplätze sind schnell ausgemacht: Clubs von Betties Ex-Lovern, mit denen

frau sowieso noch abzurechnen hatte. In Camouflage-Kampfkleidung, gut trainiert und mit Schußwaffen ausgerüstet starten sie ihr Projekt, in dem der Terror allen

Figuren spielen als auch die Geschichte erzählen, bewältigen diese Herausforderung an Flexibilität, Präzision und Rollenswitch auf beeindruckende Weise.



Menschen zu Gute kommen soll - und haben Erfolg.

Das nächste Ziel, ein Supermarkt, ist dann aber doch eine Nummer zu groß. Die Polizei rückt an, aber statt einer Verhaftung warten auf die drei zwei ältere Herren, die sie und ihr Projekt engagieren für Schulen, Weihnachtsmärkte, Krankenhäuser oder auch mal einen Wahlkampf gegen ein angemessenes Gehalt natürlich und eine eigene Sekretärin. Aus anarchisch Agierenden werden Marionetten der Mächtigen.

Die Kieler Inszenierung konfrontiert die Zuschauer mit einer Textmenge und -dichte, die gefühlt den Rahmen von tatsächlichen 75 Minuten, die das Stück dauert, deutlich sprengt. Die Fülle von Ereignissen und Erzählsträngen, die Sprünge von Zeit und Räumlichkeit gelingen nachvollziehbar in einer rasanten Abfolge und schnellen Wechseln von Sprech- und Spielebene. Anke Pflutschinger, Rafaela Schwarzer und Marie Dollenberg, die sowohl ihre

*Kämpfen für eine bessere Welt:*

*Lore, Bettie und Mia*

*Foto: © 2020 by*

*Thomas Eisenkrätzer*

Die Utopie *Schönere Welt* scheint sich zu erfüllen, die Menschen verlieren ihre Zukunftsängste, hören auf zu arbeiten, konsumieren mehr und widmen sich Wohlgefühl und Wellness, kündigen ihre Versicherungen und haben einfach Spaß.

Der wachsende Erfolg hat jedoch einen Haken: Er gefährdet das System. "Zeit für was Richtiges!", beschließen die neuen Arbeitgeber deshalb und ordnen einen echten Anschlag an. Und so wird anlässlich eines Länderfußballspiels Italien-Deutschland statt mit Platzpatronen scharf geschossen. Das Volk soll gezwungen werden, wieder Versicherungen abzuschließen. Es bedarf allerdings einiger drastischer Maßnahmen, um das Publikum von der Ernsthaftigkeit der Bedrohung zu überzeugen, ist das Trio doch inzwischen bekannt und genießt eher Kult- als

Terrorstatus. Über die Frage, wie weit frau gehen darf, kommt es zum Zerwürfnis, treten Feindseligkeiten zutage, die bislang kein Thema waren und am Ende sind alle drei Protagonistinnen tot.

Daß die Inszenierung auf Requisiten weitgehend verzichtet und diese immer wieder durch pantomimische Mittel gekonnt ersetzt, konzentriert den Fokus umso mehr auf Text und Darstellung

aufrichten und die Geschichte zu Ende erzählen. Daß erst Erstauen herrschte, dann Applaus und dann Versicherungen unterschrieben wurden. Daß eine Gedenkstätte errichtet wurde und die drei ins Wachsfigurenkabinett kamen - trotz oder gerade wegen ihres Scheiterns?



Regisseur Ivan Dentler im Gespräch mit dem Schattenblick  
Foto: © 2020 by Schattenblick

Das habe ihn gereizt, sagt Regisseur Ivan Dentler im Gespräch mit dem Schattenblick, "es gibt keine Satzzeichen in dem Stück und es legt schon beim Lesen ein gewisses Tempo vor. Und dann fand ich die Story natürlich total abgefahren: Drei Frauen, die durch einen vermeintlichen Terroranschlag eine Nahtoderfahrung machen, dadurch der Tragik ihres Lebens entkommen, eine Freundschaft und einen neuen Lebenssinn finden und dann eben die Idee haben, allen dieses Glück zu bringen durch Fake-Terroranschläge. Das war einfach abgefahren und witzig, aber auch sehr aktuell: Was daraus entstehen kann, wenn man meint, für andere das Beste zu wissen und das dann durchsetzen will."

wie auch das Bühnenbild, schlicht nur aus 5 beleuchteten Stellwänden bestehend, Platz schafft für eine variantenreiche Choreografie, nahtlose Übergänge und die Phantasie der Zuschauenden.

Natürlich paßt es zu einem surrealen Plot, daß sich die drei Frauen nach ihrem Tod auf der Bühne

"Utopien müssen scheitern" - sagt Mias Pferd, das sei schon im Wort so angelegt. Aber was wären wir ohne sie? Gehören Angst und Bedrohung zum Glück wie das Salz in die Suppe? Darf man das Thema Terrorismus zum Gegenstand von Unterhaltung machen? Und das einen Tag nach dem Anschlag von Hanau? Darf man fragen, wann was Terrorismus ist und wer die Deutungshoheit darüber hat?

"Lore: Eine Stimme sagt: Dieser Koffer sieht aus wie der eines islamistischen Terroristen. - Mia: Eine Stimme sagt: Oder wie der eines studentischen Terroristen. - Bettie: Eine Stimme sagt: Oder wie der eines amerikanischen Terroristen. - Mia: Das gibt es doch gar nicht!"

*Ernst machen*  
Foto: © 2020 by  
Thomas Eisenkrätzer



EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

**52 Tote, 1835 Infizierte in Italien**

**Fünf Millionen Schutzmasken verteilt**

***Legaführer Salvini will Corona-Epidemie zum Sturz der Regierung mit Sozialdemokraten nutzen***

von Gerhard Feldbauer, 3. März 2020

Kunst hat die Möglichkeit, wenn nicht die Pflicht, alles zum Thema zu machen, was uns unter den Nägeln brennt, und dabei die Freiheit, Denkklišees gegen den Strich zu bürsten. Das ist Laura Naumann mit diesem Stück gelungen, das mit dem Begriff Action-Komödie, den Regisseur Ivan Dentler dafür geprägt hat, treffend, aber nicht ganz vollständig beschrieben ist, steckt neben dem rasanten Ablauf und den komischen Momenten doch auch mehr Ernst darin, als es zunächst den Anschein haben mag. Ein sehr inspirierendes Stück, in manchmal leisen, meistens lauten Tönen und einer drastischen Sprache, die keine Moral bereithält, untermalt mit starken Rhythmen, atemlos, dabei ohne jede Hektik inszeniert, bravourös und präzise gespielt. Kurzweilig und auch theaterhandwerklich ein Genuss.

*demut vor deinen taten baby* gibt es noch bis zum 4. April 2020 an jedem Freitag und Samstag im Theater Die Komödianten in Kiel jeweils um 20 Uhr. Absolut sehens- nein besser, erlebenswert!

**Anmerkung:**

[1] Interview mit Laura Naumann anlässlich der Autorentheatertage 2018 in Berlin

<https://www.youtube.com/watch?v=toPkCGzDqDA>

<http://www.schattenblick.de/infopool/theater/report/trpb0110.html>

(Gerhard Feldbauer) 3. März 2020 - Mit 52 Toten - 20 neue Todesfälle gab es allein seit Sonntag - und 1835 Infizierten (Stand laut der Nachrichtenagentur "ANSA" vom Dienstag) hat sich die gefährliche Corona-Epidemie in Italien bisher in Europa am stärksten ausgebreitet. Die Regierung aus Sozialdemokraten des Partito Democratico (PD) und Fünf-Sterne-Bewegung M5S hat ein Dekret mit umfangreichen Maßnahmen gegen die neue Seuche verabschiedet. Der Leiter des Zivilschutzes, Angelo Borelli, informierte, dass 5 Millionen Schutzmasken verteilt werden. Mehrere Bürgermeister "der größten und bevölkerungsreichsten Gemeinden in der Lombardei, Francesco Passerini von Codogno und Elia Delmiglio von Casalpusterlengo, kritisierten, es fehlten Maßnahmen für "einen wirtschaftlichen Ausgleich".

Die Regierung appelliert, angesichts der von der Epidemie ausgehenden Gefahr die politischen Auseinandersetzungen ruhen zu lassen. Der Chef der faschistischen Lega, Matteo Salvini, nimmt die Epidemie jedoch zum Anlass, seine Attacken zu ihrem Sturz zu forcieren. Dieses "Regie-

rungsteam ist schon für die Bewältigung der Normalität nicht geeignet, geschweige denn für den Notfall", zitiert ihn "ANSA" auf einer Pressekonferenz, auf der er auch scharf kritisierte, dass die Regierung "in einer solchen Zeit die Landung von Hunderten weiterer Einwanderer zulässt". Die Regierung von Premier Conte müsse durch eine Regierung der "nationalen Einheit", der seine Lega und seine faschistischen Verbündeten der Forza Italia (FI) von Ex-Premier Berlusconi und der Brüder Italiens (FdI) von Giorgia Meloni angehören müssten, ersetzt werden. Ein solches "Rettungsboot" müsse "das Land aus dem Sumpf ziehen". Darüber müsse "in der Kammer abgestimmt werden". Andernfalls fordert er weiterhin vorgezogene Neuwahlen. FdI-Chefin Meloni sekundierte, sie werde gegen Conte "einen Misstrauensantrag einbringen".

Nachdem Staatspräsident Sergio Mattarella ihn zu einem Gespräch empfangen hatte, versuchte Salvini den Eindruck zu erwecken, dieser habe seine Vorschläge "aufmerksam" entgegengenommen. Vom "Colle" (dem Hügel, wie der Sitz des Staatsoberhauptes im

Palast auf dem Quirinal in Rom im Volksmund heißt) gab es keine Verlautbarung dazu. "ANSA" vermerkte, in dem Gespräch sei, "soweit wir erfahren, nicht im geringsten über institutionelle Regierungen oder Themen dieser Art gesprochen worden", sondern nur "über die Notwendigkeit, Italien nach dem Auftreten des Coronavirus neu zu starten". Premier Conte "scheinen diese Szenarien auch nicht zu beunruhigen", so "ANSA" und zitiert: "Wir - wenn auch von geringer Größe - sind eine vereinte Regierung, wir sind bereits vereint".

Eine Regierung der "nationalen Einheit" soll "ein Rettungsboot" für Salvini sein. Im August 2019 brachte er mit seinem Ausscheiden aus der Regierung diese zu Fall, um Neuwahlen zu erzwingen. Er scheiterte, weil der parteilose Conte eine neue Regierung mit M5S und der PD bildete. In der Opposition geht Salvinis Einfluss zurück. Bei den Regionalwahlen in der Emilia Romagna am 26. Januar erlitt er mit 43,7 Prozent eine schwere Niederlage. In Wählerumfragen sank er danach von über 34 auf 32 Prozent ab. Der Senat, der bis dahin abgelehnt hatte, seine Immunität aufzuheben, stimmte nun zu und machte den Weg frei für eine Anklage wegen "Freiheitsberaubung", begangen als er im Juli 2019 als Innenminister dem Küstenwachtschiff "Gregoretti" mit 131 Flüchtlingen an Bord die Landung im Hafen von Lampedusa auf Sizilien verweigerte. Ein zweiter Prozess droht Salvini wegen des gleichen Vergehens im Fall des Rettungsschiffes "Open Arms".

Die PD, deren Kandidat in Emilia vor allem mit Unterstützung der

Protestbewegung der Sardinien mit 51,4 Prozent gewählt wurde, befindet sich dagegen im Aufwind. Auf Vorschlag ihres Sekretärs, Nicola Zingaretti, ist vergangene Woche die langjährige engagierte Linksdemokratin, zuletzt Freie und Gleiche (LeU), die zur PD gestossene Valentina Cuppi, zur PD-Vorsitzenden gewählt worden. Sie ist vergangenes Jahr mit 71 Prozent von Mitte-Links zur Bürgermeisterin von Marzabotto, einer roten Hochburg in der Toskana, gewählt worden. Mit ihrer Wahl hat Zingaretti, der für eine stärkere sozialdemokratische Ausrichtung der PD eintritt, wie Medien, so die römische "La Repubblica", hervorhoben, ein Signal zur Linkspartei und weiteren Gruppierungen und damit für eine Wiederbelebung der Linken Mitte gegeben. Das schließt die Sardinien ein, denn Cuppi ist mit dem Führer der Sardinien, Mattia Santori, in "langer Freundschaft" verbunden. "Lassen Sie uns bei Regional- und Kommunalwahlen (die demnächst in der Toskana und in Kampanien anstehen) nicht allein gegen Salvini und die Rechte", appellierte Zingaretti, der Einheit als einen "grundlegenden Wert" betonte.

Das rief den langjährigen PD-Chef und Premier Matteo Renzi (2013-18 bzw. 2014-16) auf den Plan. Der frühere rechte Christdemokrat, der bereits während seiner Zeit als Premier mit der faschistischen FI Berlusconi kollaborierte, hat sich gleich nach dem Eintritt der PD in die Regierung mit einer Fraktion rechter Anhänger (die heute 30 Abgeordnete und 18 Senatoren zählt) von der PD abgespalten und eine eigene Partei Italia Viva (Lebendiges Italien - IV) gebildet, mit der er in

der Regierung verblieb. Stefano Azzara, Philosophie-Dozent an der Universität in Urbino, schätzte gegenüber dem Autor ein, die Abspaltung und Bildung einer eigenen Partei (IV) und der Eintritt in diese Regierung sei erfolgt, um "eine linke Ausrichtung zu verhindern und sie zu kontrollieren. Zur Rechtsausrichtung der IV wolle Renzi Teile der Forza Italia Berlusconi zum Übertritt gewinnen, um eine Mehrheit zu haben und die Regierung, wenn er den Zeitpunkt für gekommen halte, durch eine andere zu ersetzen". "La Repubblica", Sprachrohr der PD, fuhr schweres Geschütz auf. Der Rottamator (Verschrotter) getaufte Renzi, der als "Chef der Regierung und der Linken die meiste Zeit damit verbrachte, die eigenen Truppen zu zerschlagen", kehrt zurück, "um der Regierung Conte ein Ende zu bereiten". Wie aus Medien zu entnehmen war, unterstützt er jetzt Salvinis Treiben, der "Einheitsregierung" Conte ein Ende zu bereiten und wäre wohl selbst bereit, ihren Vorsitz zu übernehmen. Laut "ANSA" versuchte er zu beschwichtigen: "Über die Zukunft der Regierung werden wir entscheiden, wenn der Notfall vorbei ist" und versicherte, "jetzt arbeiten wir alle zusammen".

PD-Sekretär Zingaretti erteilte laut "ANSA" derartigen Ambitionen eine klare Abfuhr: "Wir haben eine Regierung und es gibt derzeit keine Regierungskrise." Zingaretti wise "Die Idee einer Exekutive von Renzi-Salvini" entschieden zurück. Selbst von M5S, so "ANSA" weiter, komme "ein großes NEIN".

Staatspräsidenten Mattarella nahm am 24. Februar den 30. To-

## POLITIK / REDAKTION / ASIEN

## Afghanistan - Lunte und Zünder ...

destag des Sozialisten und Staatspräsidenten Sandro Pertini zum Anlass, ein klares Signal zu geben, wo seine Sympathien liegen. Pertini gehörte im September 1943 dem nach dem Sturz Mussolinis gebildeten Nationalen Befreiungskomitee an, wirkte in Aktionseinheit eng mit der IKP zusammen, war mit Luigi Longo einer der beiden Befehlshaber der Partisanenarmee und Vorsitzender des Befreiungskomitees, das Mussolini zum Tode verurteilte und seine Vollstreckung anordnete. Mattarella stellte das Wirken Pertinis als Beispiel für den heutigen Kampf für die Verteidigung antifaschistischer Grundlagen und sozialen Fortschritts heraus, was "La Repubblica", "ANSA", der Mailänder "Corriere della Sera" u. a. Medien breit wiedergaben. Pertini war "der von den Italienern am meisten geliebte Präsident der Republik, ein großer Protagonist des politischen Lebens". Sein Wirken sei "eine Quelle großer Dankbarkeit für die Republik, ein Beispiel des Engagements für Institutionen, Großzügigkeit und Mut". Er sei "der Erbauer der italienischen Demokratie" und "ein fester Hebel zur Unterstützung der Grundsätze der Freiheit in der dramatischsten und blutigsten Zeit des Terrorismus". Das Beispiel von Präsident Pertini "ist Teil dieses gemeinsamen Erbes, auf das man zurückgreifen kann, um sich neuen Zeiten zu stellen".

\*

**Quelle:**

© 2020 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0298.html>

(SB) 3. März 2020 - Achtzehneinhalb Jahre nach Beginn des Afghanistankriegs haben am 29. Februar in Doha, der Hauptstadt Katars, Zalmay Khalilzad im Namen der Vereinigten Staaten und Mullah Abdul Ghani Baradar, der Vizechef der Taliban, unter den Augen von US-Außenminister Mike Pompeo einen formellen Friedensvertrag unterzeichnet. Das in langen und schwierigen Verhandlungen zustande gekommene Abkommen sieht den Abzug aller ausländischen Streitkräfte innerhalb von 14 Monaten aus Afghanistan und den Auftakt innerafghanischer Verhandlungen bis zum 10. März vor, um die "Gewaltreduktion" der letzten Februar-Woche in einen dauerhaften Frieden zu verwandeln. Die USA haben ihrerseits versprochen, im UN-Sicherheitsrat für die Streichung der Namen mehrerer Mitglieder der Taliban-Führung von der internationalen "Terrorliste" und die Aufhebung gegen sie verhängter Sanktionen zu sorgen. Im Gegenzug wollen die Taliban sicherstellen, daß von afghanischem Boden aus niemals wieder "terroristische" Vereinigungen wie das Al-Kaida-"Netzwerk" Anschläge auf die USA oder deren Verbündete durchführen können.

Im Vorfeld der feierlichen, mit Spannung erwarteten Zeremonie in Doha war es der Regierung von US-Präsident Donald Trump gelungen, Afghanistans Präsident Ashraf Ghani und Premiermini-

ster Abdullah Abdullah, die beide den Sieg bei der Präsidentenwahl im vergangenen September für sich reklamieren, davon abzubringen, sich jeweils zum neuen Staatsoberhaupt zu erklären. Der erbitterte Machtkampf innerhalb des pro-westlichen Lagers in Kabul ist aber nicht beigelegt, was sich anhand des Fehlens der beiden mächtigsten Warlords Abdul Raschid Dostum, ein Verbündeter Abdullahs, und Gulbuddin Hekmatyar, dessen Hisb-i-Islami-Miliz noch bis 2016 auf seiten der Taliban kämpfte, bei der Parallelzeremonie, die NATO und Pentagon in der afghanischen Hauptstadt ebenfalls am 29. Februar veranstaltet haben, zeigte. In Anwesenheit der beiden Streithähne Ghani und Abdullah haben NATO-Chef Jens Stoltenberg und US-Verteidigungsminister Mark Esper die langfristige Finanzierung der afghanischen Streitkräfte sowie die Teilnahme der EU und der USA am Wiederaufbau Afghanistans und ihre Begleitung des in Aussicht gestellten Friedensprozesses zugesichert.

Ghani war es auch, der als erster die Friedenshoffnungen dämpfte, als er sich weigerte, die von den USA vertraglich gebilligte Freilassung von 5000 Taliban-Gefangenen - von insgesamt 15.000 -, die sich in Gewahrsam der afghanischen Behörden befinden, zu verfügen. Im Gegenzug sollten die Taliban 1000 von ihnen gefangenengehaltene Soldaten und Polizisten laufen lassen. Ghani

beharrte auf dem Standpunkt, die USA hätten in Doha versprochen, sich für die Freilassung einzusetzen, doch liege die Entscheidung darüber ausschließlich bei der afghanischen Regierung in Kabul, die ihrerseits erst nach der Aufnahme bzw. im Rahmen von Verhandlungen mit den Taliban darüber befinden werde.

Ghani spielt an dieser Stelle ein hochgefährliches Spiel, denn zur Aufrechterhaltung der afghanischen Streitkräfte ist Kabul auf die logistische und finanzielle Hilfe der NATO angewiesen. Gleichwohl muß die afghanische Regierung eine eigenständige, zu den USA leicht konträre Position beziehen, um von den Taliban als Gesprächspartnerin überhaupt ernst genommen zu werden. Bislang verweigerten die Taliban Verhandlungen mit dem aus ihrer Sicht "Marionettenregime" in Kabul. Als Ghani - sehr zur Verärgerung Abdullahs - eine Abordnung aus eigenen Vertrauensleuten zur Unterzeichnung des Friedensvertrags in Doha entsandte, gingen Mullah Baradar und die restliche Taliban-Delegation dem Kontakt mit ihnen demonstrativ aus dem Weg.

Die geplanten innerafghanischen Verhandlungen stehen also unter keinem guten Stern. Und selbst in den USA ist der Friedenskurs von Präsident Trump nicht unumstritten. Am 27. Februar hat Liz Cheney, Tochter von George W. Bushs Vizepräsident Dick Cheney, die Wyoming im Washingtoner Repräsentantenhaus vertritt, zusammen mit einer Gruppe republikanischer Kongreßabgeordneten in einem offenen Brief an Präsident Trump gefordert, daß unter keinen Umständen alle US-Streitkräfte aus Afghanistan abgezogen

werden. Weite Teile der neokonservativen Elite der USA stehen einem Truppenabzug aus Afghanistan skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zu den Kritikern gehören Richard Haas, der einst als Berater Colin Powell während dessen Zeit als Außenminister gedient hat und heute Präsident des einflußreichen Council on Foreign Relations (CFR) in New York ist, sowie der ehemalige CIA-Chef und Irakkriegsveteran General a. D. David Petraeus.

Wegen der prinzipiellen Unvereinbarkeit der Standpunkte der Taliban und der tonangebenden Imperialistenfraktion in Washington ist seit Tagen viel von "geheimen Zusatzprotokollen" zum Friedensvertrag von Doha die Rede. Die Existenz vertraulicher Vereinbarungen, die nirgendwo im Vertragstext zu lesen sind, ist ein offenes Geheimnis und wird nicht einmal geleugnet. Als vor wenigen Tagen Mark Esper vor der Abreise nach Kabul von Journalisten danach gefragt wurde, versprach der Pentagon-Chef scherzhaft, beim Kollegen Pompeo nach dem Inhalt der "nicht-ganz-so-geheimen Zusatzprotokolle" - so die Formulierung der New York Times am 1. März - nachzufragen. Im besagten NYT-Artikel aus der Feder von David Sanger, der seit Jahren als zuverlässiges Sprachrohr vom Militär und Geheimdienst der USA fungiert, heißt es, die geheimen Zusatzprotokolle, in die weder Kongreßabgeordnete noch Senatoren Einblick erhielten, "erlauben es den US-Spezialstreitkräften und der CIA, eine Präsenz in Afghanistan zu behalten".

Laut Friedensvertrag werden die USA innerhalb der nächsten 135

Tage die Zahl ihrer in Afghanistan stationierten Soldaten von derzeit 14.000 auf 8.600 reduzieren; der restliche Abzug soll innerhalb der darauffolgenden neuneinhalb Monate vollzogen werden. Ob der zweite Schritt jemals erfolgt ist eine andere Frage. Niemand weiß, wie die Talibanmitglieder vor Ort auf eine weitere Präsenz von US-Spezialstreitkräften reagieren werden. In den USA gibt es Personen, denen eine künftige Zusammenarbeit mit den Taliban im Kampf gegen die radikal-fundamentalistische "Terrormiliz" Islamischer Staat (IS) vorschwebt. Hierzu gehören Präsident Trump und die Aufstandsbekämpfungskorps General a. D. David Kilcullen. Wiederum kann man sich gut vorstellen, daß sich einige Strategen im Pentagon und State Department vom Friedensvertrag eine Spaltung der Taliban in Gemäßigte und Hardliner versprechen, um erstere in das politische System Afghanistans zu integrieren und mit ihrer Unterstützung letzteren den Garaus zu machen. Ob sich jedoch die Taliban spalten lassen werden ist unklar. Der erste Eindruck ist, daß die ehemaligen Koiranschüler aus dem Friedensvertrag von Doha moralisch gestärkt hervorgehen und sich als Bezwinnger der Supermacht USA betrachten.

Die nach Meinung des Schattenblicks aufschlußreichste Einschätzung der Bedeutung der Vorgänge von Doha veröffentlichte Ronald Enzweiler am 27. Februar bei Antiwar.com unter der Überschrift "Trump's Taliban Peace Deal: The Kabuki Theater Continues". Enzweiler hat von 2007 bis 2014 als Mitarbeiter des US-Außenministeriums in Af-

ghanistan gearbeitet - drei Jahre davon in der Taliban-Hochburg Kandahar und der umliegenden Region. Zuletzt hat er der Nationalen Sicherheitsberaterin Susan Rice beim Versuch Barack Obamas, den Krieg in Afghanistan bis Ende 2016 zu beenden, zur Seite gestanden. Der Versuch scheiterte bekanntlich, als die CIA im Mai jenes Jahres den damaligen Chef der Taliban, Mullah Aktar Muhammad Mansur, mittels eines per Drohne durchgeführten Raketenangriffs in der pakistanischen Provinz Belutschistan tötete und die Organisation ins Chaos stürzte.

Enzweiler sieht aus folgendem Grund keine Möglichkeit einer Beilegung des Krieges:

Die Kriegsbefürworter in den USA wollen eine dauerhafte Militärpräsenz in Afghanistan - genauer gesagt, den Luftwaffenstützpunkt Bagram zwecks Verfolgung vermeintlicher amerikanischer geopolitischer Interessen

in der Region im Sinne des Großen Spiels - erhalten, während die Taliban entschlossen sind zu kämpfen, bis aus ihrer uralten Heimat alle fremdländischen Truppen entweder abziehen oder sie sie davongejagt haben, wie sie es seit Jahrhunderten tun.

Zum Schluß des Artikels gibt Enzweiler, der an der Harvard Universität sowie dem Massachusetts Institute of Technology studiert und bei der US-Luftwaffe gedient hat, folgende deprimierende Prognose ab:

Die Hohenpriester der politisch-militärischen Ordnung Washingtons gehen wegen Trumps bevorstehendem Friedensdeal mit den Taliban und seinem Plan, nächstes Jahr alle US-Truppen aus Afghanistan abzuziehen, aus einem einfachen Grund nicht an die Decke. Sie wissen, daß das Geschehen in Afghanistan für Trump ab November, sollte der sprunghafte Präsident wiedergewählt werden, bedeutungslos wird. Folglich kann die Anzahl

von US-Soldaten, die erforderlich sind, um den derzeitigen Status quo aufrechtzuerhalten - d. h. um die Marionetten-Regierung an der Macht und den Fliegerhorst Bagram in amerikanischen Händen zu behalten - nächstes Jahr erneut dorthin verlegt werden, sollte Trump wiedergewählt werden und es nötig sein. Angenommen, die Kriegstreiber-Fraktion kontrolliert weiterhin den Kongreß, dann dürfte das Pentagon die von ihm geforderte Finanzierung zur Fortsetzung dieses katastrophalen Kriegs bekommen, während es gleichzeitig den neuen Kalten Krieg gegen Rußland und China anheizt. Um die erneute Eskalation zu begründen, wird der Vorwurf lauten, die Taliban hätten - nach alleiniger Einschätzung der Militaristen in Washington natürlich - gegen irgendeine nebulöse Bestimmung von Trumps Friedensdeal verstoßen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asia-948.html>

## POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

### Frankreich - politische Vorwandlage ...

*Ein Hieb mit dem Schlagstock und ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie!*

David Habib (Vizepräsident der französischen Nationalversammlung) [1]

(SB) 3. März 2020 - Wie Regieren in der Ära des "Jupiterpräsidenten" geht, demonstrieren Frankreichs Staatschef Emmanu-

el Macron und sein Ministerpräsident Édouard Philippe. Ihr Gesetzentwurf zur umstrittenen Reform des Rentensystems wurde per Dekret und ohne Votum der Nationalversammlung verabschiedet. Dabei bedienen sie sich eines perfiden Winkelzugs, der die Empörung in Kreisen der Opposition und die Wut der Bevölkerung, die dem Vorhaben zu

zwei Dritteln ablehnend gegenübersteht, in besonderem Maße befeuerte. Noch im Verlauf der letzten Woche hatte der Premierminister erklärt, er wolle der Debatte trotz der "Obstruktion" der Opposition Zeit gewähren. Diese wurde dann völlig überrumpelt, als das Führungsgespann am Samstag hinterrücks zur Tat schritt. Macron hatte für Sonn-



abend vormittag den Ministerrat und dessen Vorsitzenden Philippe zu einer Sondersitzung wegen der vom Coronavirus ausgelösten Gesundheitskrise eingeladen. Im Amtssitz des Präsidenten, dem Élysée-Palast, sollten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung diskutiert und beschlossen werden. Wie nebenbei ermächtigte der Ministerrat seinen Premier Philippe auf Wunsch des Staatschefs, das Parlament über die Anwendung des Artikels 49 Absatz 3 zu informieren. Als es dann gegen 17.30 Uhr dazu kam, versammelten sich angesichts der Abwesenheit der meisten Deputierten am Wochenende lediglich rund 60 Abgeordnete der Präsidentenpartei La République en Marche (LREM) und ein Dutzend Vertreter der Opposition. "Ein Hieb mit dem Schlagstock" gegen die insgesamt 577 Deputierte zählende Nationalversammlung, kommentierte dies David Habib, der sozialdemokratische Vizepräsident der Kammer, "und ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie".

Auf Betreiben Macrons beschloß der Ministerrat am selben Tag, öffentliche Versammlungen von mehr als 5.000 Menschen für die kommenden Wochen zu verbieten - angeblich, um die rasch fortschreitende Ausbreitung des Coronavirus im Land einzudämmen. Der Zusammenhang liegt auf der Hand: Auf diese Weise sollen erneute Straßenproteste gegen die Rentenpolitik unterbunden werden. Zwar beeilte sich der Regierungschef, noch am Abend auf dem ersten Fernsehkanal TF1 zu versichern, zwischen dem Griff zum 49.3 und dem Covid-19 bestehe "keinerlei Verbindung", doch dürfte diese fadenscheinige

Behauptung eher dazu beigetragen haben, die Zuschauerschaft vom Gegenteil zu überzeugen.

Die Verfassung der Fünften Republik erlaubt die Anwendung von Artikel 49.3 einmal pro Wahlperiode des Parlaments. Dabei ist es den Abgeordneten gestattet, binnen 24 Stunden einen Mißtrauensantrag zu stellen. Linke und rechtskonservative Opposition reichten denn auch in aller Eile je einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Philippe ein, über die das Plenum innerhalb weniger Tage abstimmen muß. Die Aussicht, die Regierung damit zu stürzen, ist allerdings sehr gering, da Macrons Partei auch ohne verbündete Stimmen des bürgerlichen Zentrums in der Assemblée nationale über eine komfortable Mehrheit verfügt. [2]

Substantieller als diese eher symbolische Aktion könnte in parlamentarischer Hinsicht sein, daß die Regierung den Artikel 49.3 nur auf den Gesetzentwurf als solchen, nicht aber dessen verwaltungstechnischen Teil anwenden darf, in dem Finanzierung und Umsetzung der Reform geregelt werden müssen. In der Debatte über das lediglich fünf Artikel umfassende Ausführungsgesetz könnte die Opposition zumindest versuchen, die Kontroverse noch einmal in Gang zu setzen und die endgültige Verabschiedung zu verzögern. Allerdings hat sie es dabei mit denselben Mehrheitsverhältnissen zu tun, die ihre Chancen zunichte machen könnten.

Jean-Luc Mélenchon, Führer der linken Oppositionellen von La France insoumise (LFI), sprach von einem Mißbrauch der Verfas-

sung. Der Artikel 49 Absatz 3 sei geschaffen worden, um einer Regierung mit schwacher oder unsicherer parlamentarischer Mehrheit Entscheidungshilfe zu geben, wovon jedoch angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse überhaupt keine Rede sein könne. Man werde nichts unversucht lassen, um Macrons Gesetz doch noch zu kippen.

In Frankreich sind die Beiträge zur Rentenversicherung zwar deutlich höher als in Deutschland, doch können die lohnabhängig Beschäftigten je nach Berufsgruppe erheblich früher als hierzulande in Rente gehen. Die Konditionen in den 42 Spezialrentenkassen sind teils recht unterschiedlich, doch argwöhnt die Mehrheit der Bevölkerung zu Recht, daß die von Macron angestrebte Vereinheitlichung zu ihren Lasten gehen soll. Wenngleich die ursprünglich vorgesehene Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre vorerst zurückgenommen worden ist, geht es doch erklärtermaßen darum, die Kosten des defizitären Rentensystems auf die Beschäftigten umzulasten. Solange die 42 verschiedenen Kassen weiterbestehen, ist dies ein Schutzwall gegen die Reform, deren weitreichenden Folgen nicht mehr aufzuhalten sein werden, wenn die Dämme gebrochen sind.

La France insoumise (LFI) und Kommunisten (PCF) hatten die parlamentarische Debatte des Gesetzentwurfs mit rund 41.000 Änderungsanträgen absichtlich in die Länge gezogen, um die Verabschiedung, wenn nicht zu verhindern, so doch maximal zu erschweren. Zugleich verfolgte dieser Widerstand im Parlament das

Ziel, der Öffentlichkeit die Nachteile dieser Reform vor Augen zu führen. So waren nach dreizehn Tagen in insgesamt 115 Stunden heftiger Rededuelle und Abstimmungen im Ratssaal des Palais Bourbon gerade einmal 7 von 65 Artikeln des Gesetzentwurfs verabschiedet worden. Eine inhaltliche Debatte sei kaum noch möglich gewesen, klagte der Premierminister: "Die parlamentarische Debatte ist nicht dazu da, dass sich eine Minderheit die gesamte Redezeit unter den Nagel reißt, um jegliche inhaltliche Debatte zu verhindern. Genau das war es: eine Verhinderungstaktik." Nicht um die Debatte zu umgehen, sondern um diese Nichtdebatte zu beenden, die das Parlament in seiner gesetzgebenden Funktion aushebelte, habe er Artikel 49 Absatz 3 zur Anwendung gebracht, behauptete Philippe.

Hingegen kritisierte die Opposition von links wie von rechts die Entscheidung des Premierministers heftig und forderte, die Debatte bis zum Ende fortzusetzen: "Es liegt hier ein unklarer Text vor, deshalb läuft die Debatte konfus und chaotisch ab. Das muss die Regierung einsehen. Und dann muss sie sicher stellen, dass wir hier über die Rente debattieren können. Es gibt Themen der Reform, die im Parlament nicht einmal diskutiert wurden, unter anderem die Regelungen für körperlich anstrengende Berufe. Das muss im Parlament diskutiert werden", forderte Eric Woerth von den konservativen Republikains.

Jean-Luc Mlenchon warf der Regierung totalitäre Praktiken vor und widersprach dem Vorwurf, seine Partei habe durch ihre zahl-

reichen Änderungsanträge die Debatte in der Nationalversammlung ad absurdum geführt und so den Gebrauch des Verfassungsartikels 49.3 durch die Regierung provoziert: "Wir wollten nie, dass die Regierung vom Verfassungsartikel 49.3 Gebrauch macht und die Debatte beendet. Je mehr debattiert wird, desto besser verstehen die Bürgerinnen und Bürger, was in dem Gesetz steht. Und davor hat die Regierung Angst, sie ist isoliert." [3]

Frühere Präsidenten wie François Mitterrand, Jacques Chirac oder François Hollande hatten sich per Dekret über den Willen der Nationalversammlung hinweggesetzt, wovon auch Emmanuel Macron beim zweiten Teil der Arbeitsgesetze Gebrauch machte. Nun schickt er Édouard Philippe vor, der zwar zum ersten Mal auf diese Option zurückgreift, doch mitnichten der erste Regierungschef ist, der sich dieses Instruments bedient. Michel Rocard, von 1988 bis 1991 Premierminister, wandte Artikel 49.3 28mal und damit fast systematisch an, und Manuel Valls nutzte ihn zwischen 2014 und 2016 sechsmal. [4] Wann immer eine französische Regierung diesen Verfassungsartikel zieht und ein Gesetz am Parlament vorbei verabschiedet, kommt das bei der Opposition und in der Bevölkerung zwangsläufig schlecht an. Noch am Samstagabend demonstrierten Hunderte Menschen vor der Nationalversammlung gegen die Regierung, wobei es zu kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Auch in weiteren Städten des Landes wurden am Abend Protestkundgebungen abgehalten.

Philippe hatte nach wochenlangen Protesten gegen die Pensions-

reform unter anderem angekündigt, auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre zu verzichten. Zur Bedingung machte er aber, daß bis Ende April eine Alternative zur Finanzierung erarbeitet wird. Er versuchte nun glaubhaft zu machen, daß die Regierung durchaus gesprächsbereit sei und bereits 300 Änderungsanträgen stattgegeben habe. Ein Ende der Debatten in der Nationalversammlung bedeute nicht das Ende der Änderungen am Gesetzentwurf, erklärte er in einem Brief an die Teilnehmer der Finanzierungskonferenz. [5]

Macron will die Rentenreform, die sein wichtigstes Wahlversprechen war und als zentrales Vorhaben seiner Präsidentschaft gilt, gegen alle Widerstände durchsetzen. Er drängte auf den Abschluß der ersten Lesung vor den Kommunalwahlen Mitte März, bei der die Regierungspartei erhebliche Stimmenverluste befürchten muß, und eine endgültige Verabschiedung der Reform noch vor der Sommerpause. Dies dürfte erklären, warum er die von der Opposition zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt erwartete oder nach deren Einschätzung womöglich sogar abzuwendende Verfügung per Dekret derart frühzeitig und besonders brachial zur Anwendung bringen ließ.

Vor allem für die linke Gewerkschaft CGT ist der Artikel 49.3 eine Steilvorlage, neue Streiks zu beschließen. Sie will in Kürze über landesweite Protesttage beraten. Nach einer Telefonkonferenz riefen die meisten Gewerkschaften unter Führung der CGT einen Aktions- und Streiktag aus, während sich die regierungsnahe größte Gewerkschaft CFTD zu-

rückhält. Sie verlangt dafür Konzessionen im Zusatzteil der Reform, der erst Ende April vor das Parlament kommen und die Finanzierung des Rentensystems in den nächsten zwanzig Jahren regeln soll. [6] CGT und die parlamentarische Linke setzen darauf, daß die Reform durch die Anwendung des Artikels 49.3 noch unpopulärer wird, so daß der zweite Reformteil nicht mehr vor den Sommerferien verabschiedet werden kann. Um das zu erreichen, bedürfte es allerdings eines erneuten Drucks auf der Straße, dem die Regierung mit dem Verbot von Großveranstaltungen das Wasser abzugraben versucht.

#### **Anmerkungen:**

[1] [www.jungewelt.de/artikel/373625.frankreich-mit-dem-schlagstock.html](http://www.jungewelt.de/artikel/373625.frankreich-mit-dem-schlagstock.html)

[2] [www.taz.de/Rentenreform-in-Frankreich/!5668016/](http://www.taz.de/Rentenreform-in-Frankreich/!5668016/)

[3] [www.tagesschau.de/ausland/frankreich-rentenreform-dekret-103.html](http://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-rentenreform-dekret-103.html)

[4] [www.nzz.ch/international/frankreich-regierung-greift-bei-der-rentenreform-zum-holzhammer-ld.1543625](http://www.nzz.ch/international/frankreich-regierung-greift-bei-der-rentenreform-zum-holzhammer-ld.1543625)

[5] [www.orf.at/stories/3156187/](http://www.orf.at/stories/3156187/)

[6] [www.fr.de/wirtschaft/rentenreform-frankreich-verfassungskeule-13569315.html](http://www.fr.de/wirtschaft/rentenreform-frankreich-verfassungskeule-13569315.html)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1228.html>

## **POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT**

### **Vereinsprofite - eine Frage der Auslegung ...**

*Interessant ist, dass nach Paragraph 52 AO zwar die Förderung von Tradition, Brauchtum, Kleingärtnerei und Hundesport, von Heimatpflege und Heimatkunde oder der Soldaten- und Reservistenbetreuung explizit als gemeinnützig anerkannt wird, nicht aber die Förderung von Menschen- und Bürgerrechten, von Frieden und Antifaschismus oder des Klimaschutzes.*

Rolf Gössner über den Entzug des Status der Gemeinnützigkeit für Vereine [1]

(SB) 3. März 2020 - Wie gemeinnützig ist es, sich für eine sozial gerechtere Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik einzusetzen oder gegen Klimakrise und Faschismus mobil zu machen? Laut den für diese Frage bei eingetragenen Vereinen zuständigen Finanzämtern jedenfalls haben die Organisationen Attac, VVN-BdA und DemoZ kein Recht, das Steuerprivileg der Gemeinnützigkeit in Anspruch zu nehmen, weil sie eben dies tun. Im Fall von Attac wurde das Engagement der Organisation für die "Förderung des demokratischen Staatswesens", laut Paragraph 52 der Abgabenordnung (AO) [2] ein gemeinnütziger Zweck, vom obersten Steuergericht, dem Bundesfinanzhof, nicht anerkannt, weil diese Bildungsbewegung die Absicht habe, "die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen" [3].

Offensichtlich tut dies eine Institution wie die Bertelsmann-Stiftung, Hauptaktionär des Bertelsmann-Konzerns, nicht. Ihr öffentlicher Einfluß ist immens und die von ihr angebotene Politikberatung zeitigt konkrete Auswirkungen auf weite Teile des öffentlichen Lebens, doch von "eigenen Auffassungen" des Stiftungsgründers Reinhard Mohn soll in ihrer Arbeit nichts zu bemerken sein. Da die Steuerbefreiung für gemeinnützige Stiftungen nicht dem Zweck privatwirtschaftlicher Aneignung, sondern der Förderung der Allgemeinheit dienlicher Ziele gewidmet ist, scheint diese mit Einnahmen und Rücklagen im dreistelligen Millionenbereich ausgestattete Institution beim Propagieren einer unternehmerischen Organisation von Staat und Gesellschaft [4] wohl so etwas wie ein übergeordnetes, mit der Ratio kapitalistischer Marktwirtschaft nicht nur konform gehendes, sondern sie geradezu verkörperndes Gemeinwohl im Sinn haben.

Ganz ähnlich scheint heute das Modell der Fußballvereine zu funktionieren. Zumindest die größeren Klubs haben längst das hausbackene Image gutbürgerlicher Treffpunkte zur gemeinschaftlichen Freizeitaktivität hinter sich gelassen und sind zu enorm profitablen Agenturen der Unterhaltungsindustrie herangewachsen. So verfolgt der Fußball-Club Bayern München e.V. als Mehrheitsaktionär der FC Bayern

München AG ausschließlich gemeinnützige Zwecke wie die Förderung des Sportes. Um bei der zunehmenden Kommerzialisierung des Fußballs nicht mit dem Vereinsrecht zu kollidieren, hat die Deutsche Fußball Liga 1998 beschlossen, daß auch Kapitalgesellschaften an der Bundesliga teilnehmen dürfen. Seitdem können die Abteilungen für professionellen Fußball in eine separate Kapitalgesellschaft ausgegliedert werden, die dann unter üblichen Rechtsformen wie GmbH oder AG uneingeschränkt den geschäftlichen Zielen ihrer Gesellschafter oder Anteilseigner nachgehen kann.

So machen sich die hochbezahlten Kicker eines der erfolgreichsten und wertvollsten Fußballvereine der Welt um den allgemeinen Nutzen verdient, indem sie dabei helfen, das Kapital etwa von Großunternehmen der Versicherungswirtschaft und Autoindustrie, die Anteile am FC Bayern München halten, gewinnträchtig zu mehren. Manches Golden Goal ist dann nicht nur ein sportliches Highlight, sondern treibt auch die Unternehmensbilanzen in güldene Höhen.

Was im Sinne des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein höchst verdienstvoller und anerkennenswerter Vereinszweck sein mag, könnte von Menschen, die an diesem Geldsegen nicht teilhaben, auch ganz anders gesehen werden. Wenn diese nun einen gemeinnützigen Verein mit dem Ziel gründeten, das demokratische Staatswesen sozial gerechter zu gestalten, indem zum Beispiel die Profite aus den milliardenschweren

Übertragungsrechten des Fußballsportes vergesellschaftet und für die Linderung sozialer Härtefälle eingesetzt werden - was zudem der als gemeinnützig ausgewiesenen "Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke" entspräche -, dann wären sie damit möglicherweise immer noch nicht auf der sicheren Seite. Auch in einem solchen Fall könnte geltend gemacht werden, daß "Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatsbürgerlicher Art verfolgen", nicht der "allgemeinen Förderung des demokratischen Staatswesens" [5] oder anderer ethisch hochwertiger Zwecke allgemeinen Nutzens dienen.

Das jedenfalls kann bei der Bertelsmann-Stiftung oder dem FC Bayern München, um nur zwei Beispiele jener zahlreichen Stiftungen und Vereine zu nennen, die seit langem als gemeinnützig anerkannt und zugleich eng mit privatwirtschaftlichen Interessen liiert sind, nicht der Fall sein. Man darf gespannt sein, ob sich durch die angekündigte Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechtes daran etwas ändert.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.jungewelt.de/beilage/art/370010>

[2] [https://www.gesetze-im-internet.de/ao\\_1977/\\_52.html](https://www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/_52.html)

[3] <https://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&Art=ah&Datum=Aktuell&nr=39534&linked=urt>

[4] <https://www.tagesspiegel.de/zeitung/macht-ohne-mandat/755580.html>

[5] a.a.O.

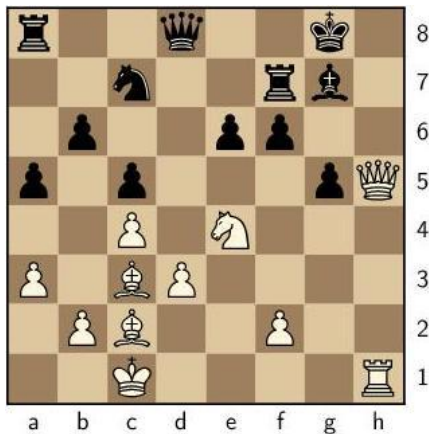
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1870.html>

## SCHACH - SPHINX

### Gestörte Balance schafft Angriffswege

(SB) - Die Schritte sind gegangen, die Figuren haben ihre Positionen bezogen. Beide Spieler haben ihre Strategien, mehr oder weniger abgewandelt vom ursprünglichen Plan, abgeschlossen. Strategien sind gezielte Verstärkungen hinsichtlich eigener Felder oder konsequente Schwächungen jener des Gegners. Aus dem Gewirr dieser Konfrontations- und Reibungsflächen entstehen die Stellungen, die dann taktisch ausgeschöpft werden. Meistens wird ein gewisser Gleichgewichtsbereich nicht verletzt. Dann haben beide Seiten das Brett unter sich paritätisch aufgeteilt. Unwuchten kommen freilich dann ins Spiel, wenn der Wirkung einer bestimmten Figur kein ausgleichendes Äquivalent entgegengesetzt werden konnte. Die Balance gerät durcheinander und neigt sich in eine Richtung, aus der dann der Angriff definiert wird. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Schwarz den Streit um die zentralen Felder verloren und ließ außerdem die Öffnung der h-Linie zu. Auf dem Damenflügel gelang es ihm nicht, entsprechende Störmanöver zu entwickeln. In der Folge mobilisier-

te Weiß seine Figuren und steuerte sie auf einen explosiven Zenit zu. Schwarz war überspielt und zwei Züge später mußte er sich geschlagen geben, Wanderer.



Schüler - Bucka  
Fernpartie 1981

### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Der jugoslawische Großmeister Lajos Portisch rückte den Mehrbauern nicht mehr heraus, zählte das weiße Gegenspiel, das ohne Kompensation blieb, und gewann: 1...Lg7-f8! 2.Tf3-g3+ Kg8-h8 3.Sd4-f3 De5-c5+ 4.Dc6xc5 Lf8xc5+ 5.Kg1-f1 Le6xa2 - der Materialvorteil wächst - 6.e4- e5 La2-e6 7.Sf5-h6 Lc5-e3 und Weiß gab auf, da er gegen die Drohung 8...Le6-c4+ keine ausreichende Verteidigung fand.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07199.html>

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:  
[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach\\_sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml)

## RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### USA

#### US-Gericht: Grenzschützer bleiben straffrei

**Ein Beamter des US-Grenzschatzes, der vor zehn Jahren an der Grenze zu Mexiko einen mexikanischen Jugendlichen erschossen hat, bleibt straffrei.**

(Washington, 26. Februar 2020, Democracy Now) - Ein Beamter des US-Grenzschatzes, der vor zehn Jahren an der Grenze zu Mexiko einen mexikanischen Jugendlichen erschossen hat, muss sich ohne Zustimmung des Kongresses nicht vor einem Bundesgericht verantworten. Das hat der Oberste Gerichtshof der USA mit fünf gegen vier Stimmen entschieden. Geklagt [1] hatte die Familie des Jungen.

2010 wurde der 15-jährige Mexikaner Sergio Adrián Hernández Güereca an der Grenze zwischen El Paso und Ciudad Juárez von dem Grenzschatzbeamten Jesús Mesa Jr. erschossen. Dies ist das jüngste Beispiel der Straflosigkeit bei Morden, die an der Grenze zu Mexiko durch Beamt\*innen des US-Grenzschatzes begangen werden.

Im Jahr 2018 hat ein US-Bundesgericht in Tucson, Arizona, den Grenzschatzbeamten Lonnie Swartz [2] vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Er hatte den 16-jährigen José Rodríguez durch den Grenzzaun hindurch erschossen.

#### Anmerkungen:

[1] [https://en.wikipedia.org/wiki/Hernandez\\_v.\\_Mesa](https://en.wikipedia.org/wiki/Hernandez_v._Mesa)

[2] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/todesschuesse-auf-mexikaner-us-grenzschatzbeamter-von-mordvorwurf-freigesprochen/>

#### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/us-gericht-grenzschatzbeamter-bleiben-straftfrei/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00310.html>

- 1 THEATER UND TANZ: demut vor deinen taten baby - wie das Leben so spielt ...  
Theater Die Komödianten Kiel
- 4 EUROPOOL: Lega-Führer Salvini will Corona-Epidemie zum Sturz der Regierung nutzen (G. Feldbauer)
- 6 POLITIK - REDAKTION: Afghanistan - Lunte und Zünder ...
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Frankreich - politische Vorwandlage ...
- 11 POLITIK - KOMMENTAR: Vereinsprofite - eine Frage der Auslegung ...
- 12 SCHACH-SPHINX: Gestörte Balance schafft Angriffswege
- 13 RECHT - FAKTEN: Mexikanische Jugendliche erschossen - Grenzschützer bleiben straffrei (poonal)
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 04. März 2020

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 4. März 2020**

Vorhersage für den 04.03.2020 bis zum 05.03.2020



© 2020 by Schattenblick

Dieses Wetter ist kein Witz  
und macht Jean-Luc unentschlossen,  
manchmal Donner, manchmal Blitz,  
Wasser wird herabgegossen.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.